

Sie sind zertifiziert für Freiwilligenarbeit

Zweitägiger Einführungskurs von Benevol Kanton Solothurn

Kürzlich konnten 16 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kurses Einführung in die Freiwilligenarbeit ein entsprechendes Zertifikat entgegennehmen. Die einen besuchten diesen Kurs, weil sie in einer Organisation für die Begleitung von Freiwilligen zuständig sind, die anderen, weil sie sich näher mit ihrer Funktion als freiwillig Mitarbeitende auseinandersetzen wollten.

Der zweitägige Kurs wurde von Benevol Kanton Solothurn organisiert. Unter der Leitung von Barbara von Escher (Benevol Biel) und Regula Müller (Benevol Baselland) beschäftigten sich die Teilnehmenden während zweier Tage mit verschiedensten Bereichen der Freiwilligenarbeit. Dazu gehörten Themen wie Motivation, Grenzen des Helfens oder die eigenen Grenzen. Grundlagen der Kommunikation kamen ebenso zur Sprache wie auch die gesellschaftlichen Aspekte, die Standards bei der Freiwilligenarbeit, Sozialzeit oder der Sozialzeitausweis.

Die Präsentation einer Vielfalt von Einsatzmöglichkeiten im Kanton Solothurn rundete diese beiden Kurstage ab.

Einsätze in vielen Bereichen

Das Zertifikat Freiwilligenarbeit haben die folgenden Personen erhalten (auf dem Bild stehend, von links, in Klammern ihre Einsatzorganisa-



ZERTIFIZIERT Die 16 Teilnehmenden des Kurses Einführung in die Freiwilligenarbeit mit einer ihrer Kursleiterinnen (Namen und Einsatzorganisationen sind im Artikeltext genannt). zvg

tion): Kathrin Steinmann (Freiwilligenbegleitung SRK Aargau); Regula Müller (Kursleiterin, Benevol BL); Josef Herger (Zürich); Heidi Wenko (Freiwilligenbegleitung SRK Aargau); Kathrin Reinhard (Freiwilligenbegleitung Heilpädagogischer Religionsunterricht Kanton Solothurn (hru)); Elisabeth Siegenthaler (Einsätze für die Solothurnische Beratungsstelle für Seh-

behinderte); Agnes Emch (Einsätze für die Solothurnische Beratungsstelle für Sehbehinderte); Annarosa Brun (Einsätze für die offene Kirche Olten und WWF Kanton Solothurn); Gabriella Affolter (Einsatz für Schreibdienst Solothurn); Barbara von Escher (Kursleiterin Benevol Biel); Renata Pfeiler (Begleitung Freiwilliger des Besuchs- und Fahrdienstes SRK Olten); Roger

Felser (Einsatz für das Haus Serena Schönbühl); Monica Dumoulin (Einsätze für die Schweizer Tafel und Schreibdienst Solothurn); Rosmarie Müller (Dulliken); (sitzend, von links:) Markus Schaub (Holderbank); Erika Herzig (Einsätze für Altersheim Stadtpark Olten); Hans Roth (Freiwilligenbegleitung Netzwerk Grenchen). (MGT)

Für zwei Parlamentarier wird es eng

Kantonsräte sollen nicht mehr zugleich als Richter tätig sein

Künftig sollen Ersatzrichter am Obergericht und Mitglieder des Steuergerichts nicht mehr dem Kantonsrat angehören dürfen. So will es nicht nur Markus Schneider (SP, Solothurn) mit seinem im Juli im Parlament eingereichten Auftrag, sondern auch der Regierungsrat. Er hat gestern beschlossen, dem Kantonsrat Zustimmung zum Vorstoss zu beantragen. Künftig soll also die in der Verfassung festgehaltene Unvereinbarkeitsbestimmung (Gewaltenteilung) auch alle nebenamtlichen Richterinnen und Richter umfassen, die der direkten kantonsrätlichen Aufsicht und Disziplinarzuständigkeit unterstehen. Bisher galt dies nur für ordentliche Oberrichter. Künftig soll sich kein Richter mehr selber beaufsichtigen dürfen. Stimmt auch der Kantonsrat dem Auftrag Schneiders zu, wären aktuell zwei Kantonsräte von der Neuregelung betroffen: Thomas A. Müller (CVP, Lostorf) ist Mitglied des kantonalen Steuergerichts und Barbara Streit-Kofmel (CVP, Solothurn) Ersatzrichterin am Obergericht. Ihre Wiederwahl durch den Kantonsrat im Mai 2009 hatte zu Diskussionen und zu Schneiders Auftrag geführt (wir berichteten). Müller zog sich als designierter Präsident der Justizkommission (Juko) zurück.

Nicht alle Richter ausschliessen

Eine weitergehende, strikte Umsetzung der Gewaltenteilung lehnt der Regierungsrat ab. Es dürften dann alle nebenamtlichen Richter nicht mehr dem Kantonsrat angehören, etwa die Mitglieder und Ersatzmitglieder der Arbeits- und Amtsgerichte oder auch die Friedensrichter. «Das wäre zwar eine konsequente Lösung», so der Regierungsrat. «Sie käme aber im Effekt einer erheblichen Einschränkung des passiven Wahlrechts gleich. «Eine entsprechende Regelung würde eine Vielzahl von Personen betreffen (unter anderem auch die Gemeindepräsidenten als Stellvertreter der Friedensrichter) und wäre politisch kaum opportun.» (SFF)

Selbsthilfegruppen bekannt machen

Öffentlichkeitsoffensive zugunsten der über 80 Gruppen im Kanton

«Geteiltes Leid ist halbes Leid.» Mit rund 150 Plakaten ist die Plakataktion der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen in den regionalen Busbetrieben gestartet. Auf ansprechenden Plakaten wird auf die 80 Selbsthilfegruppen im Kanton Solothurn hingewiesen.

Mit dieser Aktion soll auf das grosse Netzwerk der Selbsthilfegruppen aufmerksam gemacht werden. «Wichtig ist, dass wir in der Öffentlichkeit Präsenz zeigen, nur so werden Betroffene auf das bedeutende Angebot der Selbsthilfe aufmerksam und

finden einander», so Barbara Wyss Flück, Leiterin der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen des Kantons Solothurn. Die Plakate sind in den Fahrzeugen der Busgesellschaften Olten-Gösgen-Gäu, Grenchen und Solothurn sowie in den Postautos Bucheggberg-Solothurn und Thal-Gäu-Lebern aufgehängt. Wenn sich Menschen mit ähnlichen Problemen gegenseitig unterstützen und austauschen, kann dies erwiesenermassen sehr viel bewirken, sagt Wyss. Nicht nur den direkt Betroffenen helfen die Gruppen, auch An-

gehörige finden wertvolle Unterstützung. Mit dem gestalterischen Element der sich auflösenden Liste wird der Weiterausbau symbolisiert, wie die zurzeit laufenden Gründungsanstrengungen: ADS Erwachsene, Angehörige Borderline, Trauer, Stottern und Burnout.

Die Kosten für die Kampagne, welche 28 Tage dauert, werden aus den Einnahmen des letztjährigen Oltner 2-Stunden-Laufs finanziert.

Folgende Selbsthilfegruppen suchen weitere Teilnehmer: Angst/Panik, Chronische



WERBUNG IM BUS Barbara Wyss Flück, Leiterin der Kontaktstelle in Olten, zeigt die Plakate für die Selbsthilfegruppen. zvg

Schmerzen, Epilepsie, Angehörige von Depressiven, Lupus Erythematodes und Menschen mit Essstörungen. (MGT)

Zu diesen, aber auch zu allen anderen Themen gibt die Kontaktstelle für Selbsthilfegruppe gerne Auskunft: Telefon 062 296 93 91, E-Mail: info@selbsthilfe-so.ch, www.selbsthilfe-so.ch

INSERAT

Ständeratswahlen 29.11.2009

Ohne Geld ist kein sozialer Staat möglich.

Im nächsten Jahr weist der Kanton Solothurn ein Defizit von 5,7 Mio. Franken auf – eine Verschlechterung um 66,5 Mio. gegenüber 2009. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt von 112 auf 69 Prozent und die Nettoverschuldung steigt um 42,3 Mio. Franken.

Der Staat wird sparen müssen. Darunter leidet auch der Sozialstaat, denn gute Schulen, ein gutes Sozialwesen und gute Angebote für Familien können nur finanziert werden, wenn es dem Kanton finanziell gut geht.

Deshalb benötigt der Kanton Solothurn wirtschaftliche Impulse. Dazu kann unser Kantonsvertreter im Ständerat viel beitragen mit einer Politik, die sich für den Wirtschaftsstandort Solothurn engagiert und für Bundesinvestitionen in unsere Infrastruktur kämpft.

Solothurn braucht jetzt wirtschaftliche Kompetenz im Ständerat. Deshalb: Roland Fürst in den Ständerat.

CVP Kanton Solothurn, 4556 Aeschi, www.cvp-so.ch



Berufsschüler/-innen diskutierten Minarett-Initiative

Auf Initiative der Technischen Berufsmaturanden Aurelio Maisson, Florian Büttiker, Lukas von Arx und ihres Lehrers Heinz Bütler fand gestern Dienstag am Berufsbildungszentrum Olten eine Podiumsdiskussion zur Minarett-Initiative statt. Dafür stellten sich prominente Politiker aus der Region zur Verfügung: Als Befürworter von der SVP Nationalrat Walter Wobmann (Gretzenbach), der Co-Präsident des Initiativkomitees, sowie Kantonsrat Christian Werner (Olten), und als Gegner SP-Nationalrätin Bea Heim (Starkkirch-Wil) und FdP-Ständerat Rolf

Büttiker (Wolfwil). Etwa 150 Berufsmaturanden und Berufsschüler/-innen verfolgten den Schlagabtausch unter Leitung von OT-Redaktor Christian von Arx. In der zweiten Hälfte forderten die Lernenden selber die Politiker mit ihren kritischen Fragen – und zwar beide Seiten. Die Befürworter wollen mit einem Nein zu dem als «Machtssymbol» verstandenen Minarett ein Zeichen setzen gegen Muezzin und Scharia, die Gegner vertrauen dagegen auf den Rechtsstaat und pochen auf die Errungenschaften von Rechtsgleichheit und Religionsfreiheit. (OTR)